

PEKINGS ERSTES JAHR IN DER UNO

Es ist gut ein Jahr vergangen, seitdem die Delegation der VR China am 15. Nov. 1971 zum ersten Mal in der Vollversammlung der Vereinten Nationen auftrat und der chinesische Stellvertreter Außenminister Ch'iao Kuan-hua als Delegationsleiter die erste allgemein politische Rede Pekings auf der Tribüne der Weltorganisation hielt. Das Erscheinen der Vertreter der Volksrepublik in New York erregte damals in der Weltöffentlichkeit großes Aufsehen, da das chinesische Repräsentationsproblem die UNO mehr als 20 Jahre beschäftigt hatte. In jeder Sitzungsperiode der Vollversammlung stand es als schwierigstes Thema auf der Tagesordnung - mit Ausnahme des Jahres 1964, als die Vollversammlung wegen der Finanzdispute zwischen den Mächten keine Abstimmung über die China-Frage durchführte (1).

Das Abstimmungsergebnis vom 25. Okt. 1971, mit dem die UNO schließlich Peking anstelle von Taipei als legitimen Vertreter Chinas akzeptierte, hat in der Welt eine Reihe von Reaktionen hervorgerufen - Begeisterung bei manchen, Schrecken bei anderen. Einerseits war man der Meinung, daß die UNO durch die Mitarbeit Pekings arbeitsfähiger werden könne; andererseits prophezeigten die Gegner Pekings, daß die Weltorganisation dadurch zugrunde gerichtet würde. Ein Jahr ist wahrscheinlich zu kurz, um ein Bild von der Rolle, welche die VR China in der UNO spielen wird, zu entwickeln, aber Konturen lassen sich bereits aus Pekings bisherigem Verhalten in der UNO und anderen internationalen Organisationen erkennen.

Höchstes Ziel Pekings in der Weltpolitik ist seit einigen Jahren die Zerstörung der bisherigen bipolaren Struktur der globalen Machtverteilung (2). Dieses Ziel wird deutlich in dem Kampf gegen das politische Monopol und gegen die Aufteilung der Welt in Einflußsphären der beiden Supermächte. Diese Linie kommt fast in allen Stellungnahmen Pekings in der UNO und anderen internationalen Organisationen zum Ausdruck. So sprach Ch'iao Kuan-hua in der oben bereits erwähnten Antrittsrede vor der UNO-Vollversammlung: "Wir sind gegen die Machtpolitik und die Hegemonie-Doktrin, nach welcher Großmächte kleine Länder, starke Länder schwache Länder schikanisieren dürfen. Wir treten dafür ein, daß die Angelegenheiten jeglichen Landes von dessen eigenem Volk, daß die Angelegenheiten der Welt von den Staaten der Welt, daß die Angelegenheiten der Vereinten Nationen von allen UNO-Mitgliedstaaten gemeinsam geregelt werden sollen. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Supermächte diese Angelegenheiten manipulieren

und monopolisieren". Zum Schluß seiner Rede kritisierte er, daß seit langer Zeit ein oder zwei Supermächte die UNO mißbraucht und vieles getan hätten, was der UNO-Charta und dem Wunsch aller Völker zuwiderliefe. Darauf warnte er: "Diese Situation darf nicht fortbestehen" (2).

In Auflehnung gegen die Vormachtstellung der beiden Großen fordert Peking die Gleichberechtigung aller Staaten, groß oder klein (国不分大小 一律平等). Ideologisch zeigt sich damit immer deutlicher, daß die VR China zur Zeit in ihrem Programm der Weltrevolution der nationalen Befreiung der kleinen Länder der Dritten Welt den Vorrang vor dem Klassenkampf geben will. Immer mehr gewinnt man auch den Eindruck, daß sie unter den mittleren und kleinen Staaten für die Bildung einer Einheitsfront gegen die beiden Supermächte wirbt. Etwa in diesem Sinne unterstrich Ch'iao in derselben Rede vor der UNO-Vollversammlung: "Immer mehr mittelgroße und kleine Länder vereinigen sich nun zum Kampf gegen die Hegemonie-Doktrin und Machtpolitik von ein oder zwei Supermächten, für das Recht auf unabhängige, selbständige Regelung der Angelegenheiten ihrer eigenen Länder und für eine gleichberechtigte Stellung in internationalen Beziehungen". Dazu versicherte er: "China wird sich nie, weder heute noch in Zukunft, wie eine Supermacht verhalten, die anderen gegenüber Aggression, Subversion, Kontrolle und Intervention verübt und sie schikaniert (3)

Die größten Auswirkungen Pekings im Schachspiel gegen die Supermächte haben sich bisher in dem UNO-Ausschuß für die friedliche Nutzung des Meeresbodens und des Ozeanuntergrundes jenseits der Grenzen nationaler Hoheitsrechte (Meeresboden-Ausschuß) sowie auf der 3. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Santiago gezeigt. In der Seerechtsfrage geht der Streit heute vor allem um die Breite der Küstengewässer. Besonders zwischen den lateinamerikanischen Ländern und den USA sowie zwischen der Sowjetunion und den skandinavischen Staaten ist es häufig über strittige Fischereirechte zum Konflikt gekommen (Beschlagnahme von Schiffen und Ladungen, Festnahme von Personen) (3a). Während Finnland, Norwegen und Schweden an der Breite von 4 sm festhalten, hat die Sowjetunion - wie schon das zaristische Rußland - ihre Territorialgewässer auf 12 sm ausgedehnt. Die meisten lateinamerikanischen Länder beanspruchen Küstengewässer in einer Breite von 200 sm. Die Vereinigten Staaten lehnen zwar die Mammutansprüche ihrer Nachbarländer im Süden ab, folgen selbst aber zwei verschiedenen

Gegenüber den Industriestaaten unterstützt Peking die Wünsche der Entwicklungsländer nach einer Stabilisierung der Rohstoffpreise sowie Aufhebung der Zollbarrieren für die Waren aus den Entwicklungsländern und schließt sich der Ansicht an, daß alle zuständigen Länder gleichberechtigt an einer Reform des internationalen Währungssystems beteiligt werden sollen (10). Zwar hat sich die VR China in Santiago nicht der sog. "Gruppe der 77" angeschlossen, aber sie steht doch in den Debatten und Abstimmungen deutlich auf deren Seite. Die Annahme der von dieser Gruppe von Entwicklungsländern vorgeschlagenen Resolution über "Schritte zur Erzielung einer umfassenden Übereinstimmung hinsichtlich der Leitprinzipien für die internationalen Handelsbeziehungen und die Handelspolitik zur Förderung der Entwicklung" und zwei anderen Resolutionen afro-asiatischer und lateinamerikanischer Länder über "die Erschließung der Bodenschätze der Meere und Ozeane außerhalb der nationalen Hoheitsgrenzen" sieht Peking als einen Schritt auf dem Wege zur Isolierung der Supermächte an. Die USA stimmten gegen zwei der drei Resolutionen und enthielten sich bei der dritten der Stimme, während die Sowjetunion sich bei einer Resolution der Stimme enthielt und an der Abstimmung für die beiden anderen nicht teilnahm. Die Peking Rundschau schreibt dazu: "Der Verlauf der Tagung zeigte, daß die Geschlossenheit und Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder und der übrigen Welt von Tag zu Tag zunimmt" (11).

Ähnliche Klagen gegen die Supermächte wie auf der UNCTAD findet man auch in der Rede des chinesischen Delegierten Wang Yün-sheng vom 6. Juli 1972 vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO. Wang macht den Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus verantwortlich für die Rückständigkeit und die Armut in Asien, Afrika und Lateinamerika und nennt den "US-Imperialismus" und den "Sozialimperialismus" als gegenwärtige Hindernisse für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den unterentwickelten Ländern (12). Im Zusammenhang mit anderen Ländern der Dritten Welt, wie Pakistan, Ägypten, Trinidad-Tobago und Rumänien, setzt sich die VR China für eine "permanente Souveränität" über die Naturschätze aller Länder ein (13).

Eine krasse Konfrontation zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern ergab sich auch auf der ersten UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm vom 5. bis 16. Juni 1972. Dort erschienen die Chinesen wie Stars (14), doch mußten sie zum Schluß der Konferenz eine Mißstimmung hinnehmen: Bei der Abstimmung über die von Neuseeland eingebrachte Resolution über Verbot und

Verurteilung von Kernwaffenversuchen wurde die chinesische Delegation in die Isolation getrieben und stimmte mit Frankreich zusammen als einzige mit Nein. Der chinesische Vertreter argumentierte, daß man statt der Kernversuche das nukleare Wettrennen im Wettstreit um die Hegemonie seitens der Supermächte verurteilen und ein "allseitiges Verbot und restlose Vernichtung von Kernwaffen" verlangen solle. Ferner nahm die chinesische Delegation an der Abstimmung zur "Deklaration über menschliche Umwelt" nicht teil, da sie außer über die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Kernwaffenfrage auch darüber verstimmt war, daß das Dokument nicht ausdrücklich "die Plünderungs-, Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, insbesondere der Supermächte", als hauptsächliche gesellschaftliche Ursache der Umweltverschmutzung hervorgehoben hatte.

Der Sowjetunion, die aus Solidarität mit der DDR der UNO-Umweltschutzkonferenz ferngeblieben war, gelang es, die VR China auf der Vollversammlung der UNO weiterhin in der Abrüstungsfrage auszuhebeln. Die von Moskau eingebrachte Resolution über "die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und das Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten" wurde am 29. Nov. 1972 von der UNO-Vollversammlung mit einer knappen Mehrheit angenommen. Ein anderes Thema, mit dem Moskau Peking hart bedrängte, ist die Bangla-Desh-Frage. Am 25. Aug. zwang die Sowjetunion die VR China im Sicherheitsrat, zum ersten Mal ihr Vetorecht geltend zu machen, um die Aufnahme von Bangla Desh in die UNO zu verhindern.

Die Niederlagen Pekings in der UNO hätten sich wahrscheinlich vermeiden lassen, wenn es genügend Erfahrungen in Verfahrensfragen hätte. So haben die Chinesen z. B. ihre Abrüstungspläne, gemäß denen sich die Atommächte verpflichten sollten, auf keinen Fall als erste von der Atombombe Gebrauch zu machen, und gemäß denen alle Nuklearwaffen vernichtet werden sollen, nicht vor, oder wenigstens gleichzeitig mit dem sowjetischen Verbesserungsantrag vorgebracht. Dadurch haben sie nicht verhindern können, daß die Sowjets einen Propagandistischen Vorteil gewannen. Zur Bangla-Desh-Frage hat China im Sicherheitsrat nur versucht, den von der Sowjetunion unterstützten Antrag zu verschieben. Erst auf der Plenarsitzung der 27. Vollversammlung hat sich China aus eigener Initiative darum bemüht, die Freilassung und Repatriierung der pakistanischen Kriegsgefangenen aus Bangla Desh als Vorbedingung für dessen Aufnahme in die UNO zu verlangen. Dies gelang dadurch, daß die Vollversammlung am 29. November gleichzeitig

Prinzipien: 3 sm für die Ost- und Westküste und 6 sm in den ehemals spanischen Gebieten des Südens. Außerdem haben sie im II. Weltkrieg versucht, eine "Sicherheitszone" von 250 sm zu errichten. Noch nach dem Krieg hat Präsident Truman in einer Erklärung vom 28.9.1945 Kontrollmaßnahmen und Vorbehalte der Fischerei jenseits der Hoheitsgewässer der USA angekündigt (4). Mit Recht, wenn auch nicht ohne Demagogie, hat der chinesische Vertreter An Chih-yuän auf der Sitzung des Meeresboden-Ausschusses im Interesse der Dritten Welt darüber geklagt, daß die Supermächte mit aller Kraft versucht hätten, Vorwände im Völkerrecht zu ihrer eigenen Rechtfertigung zu finden. Darüber hinaus versicherte er: "Wir unterstützen entschieden den von lateinamerikanischen Ländern geführten Kampf zur Verteidigung des Rechtes auf die 200-Seemeilen-Hoheitsgewässer und zum Schutz ihrer eigenen Meeresressourcen und bekämpfen standhaft die Hegemonie über die Meere und die Machtpolitik der Supermächte". In seiner Rede sind außerdem 5 Grundsätze Chinas zum Meeresrecht dargelegt:

- 1) Gleichberechtigung aller Länder bei Entscheidungen über Meeresrechte;
- 2) Berechtigung aller Küstenländer, die Grenzen ihrer Territorialgewässer und ihrer Hoheitsrechte in vernünftiger Weise festzulegen, und zwar sowohl aufgrund der geographischen Bedingungen, als auch unter Berücksichtigung ihrer eigenen Sicherheit und ihrer vollen wirtschaftlichen Interessen, wobei Länder, die an demselben Meer gelegen sind, die Grenze zwischen ihren Hoheitsgewässern auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit festlegen sollen.
- 3) Verfügungsgewalt aller Küstenländer über die Naturschätze in ihren Küstenmeeren;
- 4) gemeinsamer Besitz aller Völker der Welt (sowohl der Küsten- als auch der Binnenländer) an Meeren und Ozeanen sowie an den Ressourcen des Meeresbodens jenseits der Grenzen von Territorialgewässern und nationalen Hoheitsrechten sowie gemeinsame Konsultation über die Erschließung der Bodenschätze des Meeres;
- 5) friedliche Nutzung des Meeresbodens und des tieferen Untergrundes der Weltmeere außerhalb der Grenzen von Territorialgewässern und Hoheitsrechten (5).

Auf den ersten beiden Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 ist es nicht gelungen, die Breite der Küstengewässer einheitlich festzulegen. Die Ansprüche auf eine Breite von 200 sm, die damals nur einige Staaten an der südamerikanischen Westküste erhoben, stießen auf starke Ablehnung (6). Inzwischen hat sich die Zahl der Befürworter unter den lateinamerikanischen Staaten immer mehr erhöht (7). Außerdem werden sich immer mehr Ent-

wicklungsländer angesichts der technischen Entwicklung der hochindustrialisierten Staaten in der Fischerei sowie bei der Erschließung von Naturschätzen in der Tiefsee bewußt, daß es für die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen von Vorteil wäre, die Breite der Küstengewässer auszudehnen. Im Meeresboden-Ausschuß und dessen Unterausschüssen konnten diese Länder mit der neuen Schützenhilfe durch Peking ihren Einfluß verstärken (8).

Auf der kommenden Seerechtskonferenz ist eine Konfrontation zwischen den meisten Entwicklungsländern auf der einen Seite und den großen Seemächten, zumal den beiden Supermächten, auf der anderen Seite zu erwarten.

Die 3. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung in Santiago de Chile vom 3. April bis 21. Mai 1972 diente Peking als besonders günstiges Forum im Kampf gegen die Supermächte, da alle Entwicklungsländer ohnehin mit dem Welthandel wegen ihrer erheblichen Defizite und vor allem in der Frage der Rohstoffpreise großen Verdruf haben.

Die UNCTAD hat sich seit ihrer Gründung bereits in zwei Lager - arme und reiche Länder - gespalten. Der chinesische Vertreter Chou Hua-min bezeichnete dies auf der Konferenz in Santiago als Bezeichen dafür, daß die Länder der Dritten Welt in internationalen Angelegenheiten eine immer größere Rolle spielen und daß die Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika ihre Einheit gegen den Imperialismus verstärken. Er betonte, daß die wirtschaftliche Rückständigkeit der Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika auf die "Unterdrückung und Ausplünderung" seitens des Imperialismus und Kolonialismus zurückzuführen sei. Er attackierte dabei namentlich die USA und die Sowjetunion und meinte: "Es ist sonnenklar, daß die von den Supermächten verfolgte Aggressions- und Expansionspolitik ein ernstes Hindernis darstellt für die Bemühungen der Entwicklungsländer um völlige Unabhängigkeit und um die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft".

Nach seinen Ausführungen soll die Erweiterung des Handels zwischen den Entwicklungsländern nicht lediglich ein Warenaustausch sein, sondern auch eine wichtige Form der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und für völlige Unabhängigkeit. Zum Schluß seiner Rede forderte er: "Wir Länder der Dritten Welt müssen uns noch mehr zusammenschließen, über alle Probleme miteinander beraten und gemeinsam kämpfen, um unsere nationale Unabhängigkeit zu wahren und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft zu garantieren" (9).

“zwei voneinander abhängige Resolutionen” annahm, ohne einzeln über sie abzustimmen (17). Somit kann China einigermaßen den Prestigeverlust durch sein erstes Veto im Sicherheitsrat gegen Bangla Desh ausgleichen und sich wahrscheinlich auch ein zweites Veto über dieselbe Frage ersparen.

Eine weitere möglicherweise durch ihre kurze Erfahrung in der UNO bedingte Ungeschicklichkeit liegt darin, daß die Chinesen zu allgemein, polemisch und schablonenmäßig reden - jedenfalls für Nichtrevolutionäre. Bislang haben sie in der UNO sehr viel Kritik geübt, besonders an den beiden Supermächten, jedoch wenig konkrete Vorschläge vorgebracht. Manchmal halten sie zu starr an Prinzipien fest. So hat sich China z. B. in der Resolution von Santiago über den internationalen Handel bei dem letzten Punkt - dem Appell an die Industriestaaten, durch Abrüstung zu sparen und mit den Ersparnissen die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern - seine Meinung vorbehalten. Die Chinesen vertreten dabei die Ansicht, daß sich die Entwicklungsländer bei ihrem Wirtschaftsaufbau mehr auf ihre eigene Kraft als auf Auslandshilfe verlassen müssen (18). Auch das chinesische Rezept für Revolutionen und nationale Befreiungen gründet sich vornehmlich auf das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft ohne ausländische Einmischung. Dementsprechend hat der chinesische Vertreter auf der Sondertagung des Sicherheitsrates vom 28. Januar bis 5. Februar in Addis Abeba eine von Argentinien eingebrachte Resolution nicht befürwortet, indem er der Abstimmung fernblieb. In dieser Resolution wurde der UNO-Generalsekretär aufgefordert, seine Befugnisse dafür zu benutzen, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts von Namibia zu schaffen (19). Im gleichen Sinne betrachtet Peking die Frage von Hongkong und Macao - ebenso die Taiwan-Frage - als Angelegenheit des chinesischen Volkes und verbittet sich eine Einmischung der UNO. Dementsprechend sollen Hongkong und Macao überhaupt nicht als britische bzw. portugiesische Kolonien in die UN-Weltkarte eingezeichnet werden (20).

Ebensowenig wünscht Peking die weitere Unterstützung der tibetischen Flüchtlinge durch die UNO. Es hat auch nicht geduldet, daß noch halboffizielle Journalisten aus Taiwan in der UNO blieben und daß die neue UN-Statistik Wirtschaftsangaben über Taiwan enthielt. Viele können diese kompromißlose Haltung Pekings nicht verstehen, die besonders bei Pekings Gegnern auf scharfe Kritik stößt. Dabei haben nur wenige für den Standpunkt Pekings, daß all diese Fragen die nationalen Interessen Chinas unmittelbar berühren, Verständnis gezeigt.

Viel wirkungsvoller als seine weltpolitischen Argumente ist Pekings diplomatisches Verhalten in der UNO. Im Gegensatz zu den Amerikanern und den Sowjets bitten die Chinesen die Vertreter der kleinen Länder nicht zu sich, sobald sie Fragen an sie haben, sondern suchen sie höflich selbst auf, um sie zu konsultieren oder sich von ihnen beraten zu lassen (21). In den letzten beiden Jahren hat Peking auch seine Entwicklungshilfe an die Länder der Dritten Welt gewaltig vermehren können (22). Allerdings stellt seine Hilfe nicht quantitativ, sondern qualitativ eine Herausforderung für die Industriestaaten dar: Sie behandeln ihre Partner gleichberechtigt, stellen keine politischen Bedingungen, gewähren niedrige Zinsen oder zinslose Kredite, achten auf Langfristigkeit und Flexibilität der Rückzahlungsweise, vermitteln die erforderliche Technik und bestehen darauf, daß die chinesischen Experten unter gleichen Bedingungen arbeiten wie die Bürger der Empfangsländer usw. (23). Der chinesische Einfluß in der Dritten Welt wird sicher mit dem Wachsen seiner Entwicklungshilfe noch steigen. Peking hat bislang zwar seine gewünschte Einheitsfront gegen die beiden Supermächte noch nicht ganz unter Dach und Fach bringen können, doch hat es durch seine Aktivität im ersten Jahr seiner UNO-Zugehörigkeit die “Hegemonie der Supermächte” schon in Frage gestellt und den Verfall der bipolaren Struktur in der Weltpolitik beschleunigt. Außerdem hat es bereits die Rolle als “Sprecher der Dritten Welt” übernommen.

ni

- 1) Dazu s. Yuan-chyuan Ch'en, Die Diskussion der Zwei-China-Frage in der UNO, Ursprung und Ergebnis, (= Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 47), Hamburg 1972, Anhang I
- 2) PRu, Nr. 47, 1971, S. 5 ff
- 3) Ebenda
- 3a) Der isländische Anspruch auf Ausdehnung seiner Territorialgewässer auf 50 sm wurde zwar von der chinesischen Propaganda unterstützt, aber bei der Meeresboden-Debatte hatte China Island nicht besonders erwähnt, da es sich nicht um einen Konflikt mit einer der Supermächte handelte.
- 4) Vgl. Eberhard Menzel, Völkerrecht, München u. Berlin 1962, S. 156, 160
- 5) Ausführlich dazu s. JMJP u. NCNA, 12.3.72; PRu Nr.10, 1972, S. 15 ff

- 6) Vgl. Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, Köln - Berlin - Bonn - München 1965, S. 183 f
- 7) Vgl. Leitartikel von JMJP: “Unterstützung dem Kampf lateinamerikanischer Länder zur Verteidigung ihrer Hoheitsrechte über die Territorialgewässer”, chin., 20.11.70
- 8) Dazu vgl. NCNA, 26.3., 2.4., 23.7., 18. u. 20.8.72
- 9) PRu, Nr. 17, 1972, S. 12 ff
- 10) S. ebenda u. die Rede des chinesischen Vertreters Hsüeh Na im 1. Ausschuß der UNCTAD, NCNA, 12.5.72
- 11) PRu, Nr. 22, 1972, S. 15 ff; vgl. auch NCNA, 22.5.72
- 12) Dazu s. PRu, Nr. 29, 1972, S. 15 ff
- 13) S. NCNA, 19.5.72
- 14) Peter Menke-Glückert, “Die Chinesen waren die Stars, in Stockholm wollte man Fakten - keine Philosophie”, in: Die Zeit, 30.6.72. Menke-Glückert war Mitglied der